

THE NEW WORKER

*Deutsche Übersetzungen aus dem Zentralorgan der Neuen Kommunistischen Partei
Großbritanniens (NCP) – Ausgabe vom 21. Juni 2024*

Israel bedroht Libanon mit Gefechten

von unserem Korrespondenten für arabische Angelegenheiten

Die Kämpfe im Gazastreifen gehen trotz einer israelischen "taktischen Pause" in Teilen des südlichen Gazastreifens weiter, die angeblich dazu dienen soll, den Rückstau bei den humanitären Hilfslieferungen für die verzweifelten Palästinenser in der belagerten Enklave aufzuholen.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hat das Kriegskabinett des Landes aufgelöst, nachdem seine früheren Verbündeten Benny Gantz und Gadi Eisenkot zurückgetreten waren. Er widersetzt sich jedoch weiterhin den Aufrufen der Vereinten Nationen zur Beendigung der Kämpfe, während seine radikalen zionistischen Anhänger nach einem Generalangriff auf die Hisbollah-Miliz im Südlibanon schreien.

In Tel Aviv erklären Netanjahus Leute, Israel sei zu einem "totalen Krieg" im Libanon bereit und habe Pläne für eine Offensive gegen die Hisbollah, die südlibanesische Widerstandsbewegung, die seit Oktober in Solidarität mit dem palästinensischen Kampf mehr als 2.000 Militäroperationen gegen die zionistische Einheit durchgeführt hat.

Die Führer der Hisbollah sagen, dass die Israelis eine "Überraschung" erleben werden, wenn sie ihre Truppen über die Nordgrenze schicken. Um zu zeigen, dass sie es ernst meinen, hat die Hisbollah, die größtenteils die schiitische muslimische Gemeinschaft des Libanon vertritt, Drohnenaufnahmen von wichtigen Zielen in Haifa veröffentlicht, darunter Waffenfabriken, Raketenabwehrbatterien und die Docks. Die Hisbollah-Drohne deckte die Schwächen der viel gepriesenen Luftabwehr der Zionisten auf, als sie unbemerkt über Israels wichtigstem Hafen kreiste, und die Veröffentlichung des neunminütigen Bildmaterials über dem wichtigen israelischen Hafen war eine klare Warnung an Israel vor den Risiken einer Eskalation.

Hassan Nasrallah, der Führer der Hisbollah, sagte dazu: "Der Feind weiß, dass er uns zu Lande, in der Luft und auf See erwarten muss, und wenn der Krieg erklärt wird, wird der Widerstand ohne Einschränkungen, Regeln oder Grenzen kämpfen", und fügte hinzu, dass "es keinen Ort geben wird, der vor unseren Raketen und Drohnen sicher ist." Die aktuelle Konfrontation sei die "größte Schlacht seit 1948", als der erste arabisch-israelische Krieg begann, und sie "wird das Gesicht der Region verändern und ihre Zukunft prägen".

In den vergangenen acht Monaten wurden im Südlibanon mehr als 400 Menschen durch israelischen Beschuss getötet. Etwa 25 Israelis wurden bei Vergeltungsangriffen getötet und über 70.000 Israelis aus 28 Städten und Dörfern im Norden wurden seit Beginn des aktuellen Konflikts im Oktober aus dem Grenzgebiet evakuiert.

Unterdessen hat der israelische Militärsprecher öffentlich Netanjahus erklärtes Ziel in

Frage gestellt, die Hamas zu vernichten, um den Krieg zu beenden. Konteradmiral Daniel Hagari sagte am Mittwoch gegenüber dem israelischen Sender Channel 13, dass diese Aufgabe unmöglich und schlichtweg falsch sei. "Diese Sache mit der Zerstörung der Hamas, dem Verschwinden der Hamas - das ist einfach nur Sand in die Augen der Öffentlichkeit streuen", sagte er. "Die Hamas ist eine Idee, die Hamas ist eine Partei. Sie ist in den Herzen der Menschen verwurzelt - wer glaubt, wir könnten die Hamas beseitigen, liegt falsch."

In dieser Woche bestätigte das israelische Militärministerium, dass die Zahl der verwundeten israelischen Soldaten zum ersten Mal die 70.000er-Marke überschritten hat, und fügte hinzu, dass seit Beginn des Gaza-Krieges auch 8.663 Soldaten verletzt wurden. In dem von der Rehabilitationsabteilung des israelischen Ministeriums veröffentlichten Bericht heißt es, dass 35 Prozent der seit Beginn des Gaza-Massakers Verwundeten mit psychischen Problemen zu kämpfen haben, während 21 Prozent körperliche Verletzungen erlitten haben.

Gewerkschaften und die Wahl

von New Worker-Korrespondent

Diese Wahl ist so interessant, dass in der Online-Ausgabe des Guardian am Dienstagnachmittag nur einer von zehn meistgelesenen Artikeln von der bevorstehenden Wahl handelte. Beim Scottish Herald waren es zwei von zehn. Es ist also zu hoffen, dass die Leser nicht durch den Inhalt dieser Seite abgeschreckt werden.

Die Veröffentlichung des Labour-Manifests löste bei den Gewerkschaftsführern eine Reihe von Reaktionen aus. Einige hielten es offensichtlich für eine Art Moses, der die Steintafeln überreicht. Christine McAnea von Unison sagte: "Dieses Manifest legt einen klaren Plan für die Zukunft vor. Es zeigt, wie eine Labour-Regierung ein Großbritannien wieder aufbauen könnte, das nach Jahren der Tory-Sparpolitik und des Chaos zerbrochen ist." Da Unison die größte NHS-Gewerkschaft (im Gesundheitswesen) ist, hätte ihr auffallen müssen, dass ein früheres Versprechen, das besagt, dass "der NHS nicht zum Verkauf steht", diskret fallen gelassen wurde. Aber das könnte verhindern, dass Funktionäre der Gewerkschaft in Behörden berufen werden, wenn Starmer in die Downing Street kommt.

Ihr Amtskollege bei GMB, Gary Smith, vertrat eine ähnliche Linie. Er nahm die vagen Versprechungen der Labour-Partei für bare Münze und sagte, der verwässerte "New Deal for Working People" sei eine einmalige Chance, das Leben der arbeitenden Menschen völlig zu verändern. Die GMB ging jedoch härter mit der SNP ins Gericht, von der man annimmt, dass sie die Kernkraftindustrie nicht unterstützt. Wie bereits letzte Woche erwähnt, weigerte sich die Gewerkschaft Unite, das Manifest zu unterstützen, weil es zu vage auf die Rechte der Arbeiter eingeht.

Die Ladenarbeitergewerkschaft USDAW ging sogar noch weiter und bewunderte ausdrücklich "Keir Starmers wirtschaftsfreundliches, arbeitnehmerfreundliches Manifest", das "die Veränderungen bringen wird, die die USDAW-Mitglieder dringend brauchen", wobei sie insbesondere "mehr uniformierte Polizisten, Hausverbote in Stadtzentren für Wiederholungstäter und die Abschaffung der Schwelle von 200 Pfund für die Verfolgung von Ladendiebstählen" nannte, ganz zu schweigen von der "Umgestaltung unserer Hauptstraßen, um die Krise im Einzelhandel durch eine Reform der Gewerbesteuer, Investitionen in Stadtzentren und die Unterstützung kleiner unabhängiger Einzelhändler zu

bewältigen". Es ist bedauerlich zu sehen, wie Gewerkschaftsführer Steuersenkungen für ihre hochprofitablen Arbeitgeber unterstützen.

Community, die frühere Stahlarbeitergewerkschaft, zeigte sich ebenfalls nachsichtig mit Starmer und begrüßte insbesondere die "verstärkte partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Arbeitern, Gewerkschaften und Regierung".

Die Feuerwehrgewerkschaft (FBU) hat das Labour-Manifest im Großen und Ganzen begrüßt, insbesondere die Zusagen zur Verbesserung des Feuerwehr- und Rettungsdienstes und zur Stärkung der Rechte der Arbeiter, was insofern wichtig ist, als die Feuerwehrleute eines der Hauptziele der jüngsten Gesetzgebung zur Einschränkung von Streiks waren.

Der Generalsekretär der FBU, Matt Wrack, sagte: "Die Rücknahme der jüngsten drakonischen gewerkschaftsfeindlichen Gesetze wird ein wichtiger erster Schritt sein, um den Schaden des letzten Jahrzehnts ungeschehen zu machen". Dass er auch sagte, es sei ein harter Kampf gewesen, um solche Zusagen zu grundlegenden Gewerkschaftsrechten von Labour zu erhalten, deutet darauf hin, dass Wrack sich nicht zu sehr auf die Versprechen von Sir Keir Starmer verlassen wollte. Wrack sagte auch: "Es wird unsere Pflicht sein, dafür zu sorgen, dass eine neue Labour-Regierung diese Versprechen innerhalb der ersten 100 Tage nach ihrem Amtsantritt einlöst. Wir werden die Füße der Labour-Partei ins Feuer halten. Das ist eine höchst unprofessionelle Aussage für einen Feuerwehrmann, aber ein gewisses Maß an Skepsis gegenüber Starmers Versprechen ist willkommen.

Zuvor hatte die FBU den Labour-Vorsitzenden aufgefordert, die ausgeschlossenen Kandidaten wieder aufzunehmen, doch Starmer schenkte dem keine Beachtung, was ein gutes Omen für die Zukunft sein dürfte.

Der Generalsekretär der RMT, Mick Lynch, vertrat einen ähnlichen Standpunkt: "Es liegt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, die Tories abzusetzen, was bedeutet, eine Labour-geführte Regierung zu bekommen, und unsere Mitglieder müssen sich entsprechend engagieren und wählen".

Wie es sich für eine Gewerkschaft gehört, die nicht der Labour-Partei angehört, fügte er hinzu, dass es "keine Blankoschecks für die Labour-Partei geben wird, und wir fordern die Labour-Partei auch auf, eine alternative, schlüssige und glaubwürdige Wirtschaftsstrategie vorzulegen, die die derzeitige Orthodoxie in Bezug auf Ausgaben und Kreditaufnahme radikal in Frage stellt, damit wir unsere Industrien und öffentlichen Dienste angemessen finanzieren können". Einzigartig für eine Gewerkschaft unterstützt die RMT auch "sozialistische" Herausforderer von Labour an der Wahlurne.

Eine der kleineren Fachgewerkschaften, die Musikergewerkschaft, begrüßte das Labour-Manifest, weil es sich auf Themen bezieht, die Musiker betreffen, wie z. B. die Unterstützung beim "Abbau von Hindernissen für Künstler, die in der EU auf Tournee gehen" (ohne zu erwähnen, dass diese Probleme durch von den EU-Ländern auferlegte Regeln verursacht werden) und die Unterstützung der musikalischen Ausbildung.

Das bedeutet aber auch, dass die Gewerkschaft die Schuld für die negativen Punkte des Manifests, wie die Erhöhung der Militärausgaben und die reaktionäre Wirtschaftspolitik, auf sich nehmen muss. Keine Gewerkschaft scheint sich mit der reaktionären Wirtschaftsagenda und denjenigen, die höhere Militärausgaben unterstützen,

auseinanderzusetzen. GMB und Unite hüten sich, dies zu erwähnen, aus Angst, die Mitglieder, die in diesen Sektoren arbeiten, zu verärgern.

Niemandem scheint aufgefallen zu sein, dass eines der Ziele des New Deal darin besteht, "Arbeit lohnend zu machen". Dieser Slogan wurde von den Tories in den 1980er Jahren geprägt und zielte darauf ab, die Arbeitslosenunterstützung zu kürzen, um die Menschen dazu zu bringen, niedrig bezahlte niedere Arbeiten anzunehmen.

Die PCS, eine Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, die nicht der Labour-Partei angehört, hat eine hoffnungsvolle Liste von Forderungen an die Kandidaten aufgestellt, die sich größtenteils auf Fragen des öffentlichen Dienstes konzentrieren und eine Vier-Tage-Woche und ein Ende des Auslagerns (Outsourcing) fordern. Sie beklagen den Universalkredit und fordern einen solidarischeren Ersatz sowie eine höhere Besteuerung der Reichen und Großunternehmen mit Investitionen in die HMRC, um sie zu fassen. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, wie ernst Starmer diese Forderungen nehmen wird. Man könnte Wetten darauf abschließen, welche Ausreden Starmer für seine Untätigkeit vorbringen wird.

Beschissene Jobs

Ein Thema, das dringend reformiert werden muss, ist die drastische Zunahme unsicherer Arbeitsverhältnisse. Der TUC (britischer Gewerkschaftsdachverband) schätzte kürzlich, dass einer von acht Arbeitern heute einen Arbeitsplatz hat, der wenig oder keine Sicherheit bietet. Er stellt auch fest, dass solche Arbeitsplätze die Hauptquelle für das Wachstum des Arbeitsmarktes waren, was für die vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit verantwortlich ist.

Die Studie schätzt, dass sich 4,1 Millionen Menschen in dieser Situation befinden, was auch Personen mit Null-Stunden-Verträgen, gering bezahlter Selbstständigkeit, Gelegenheits- oder Saisonarbeit (und jeder Kombination davon) umfasst.

Zwischen 2011 und 2023 stieg die Zahl der unsicheren Arbeitsverhältnisse um fast ein Drittel, während die Zahl der sicheren Arbeitsplätze nur um 11 Prozent zunahm.

Die Zahl variiert nicht sehr stark innerhalb des Landes, aber die West Midlands und der Südwesten sind beide etwas schlechter.

Es handelt sich nicht um Hightech-Arbeiter, die von einem Kurzzeitvertrag zum nächsten springen und dazwischen eine Kreuzfahrt im Mittelmeer machen, wie manche uns glauben machen wollen. Es sind die schlecht bezahlten, nicht organisierten Sektoren, in denen das Problem am größten ist. Die meisten Zuwächse gab es in den Bereichen Pflege, Freizeit, Dienstleistungen und einfache Berufe, wo die Zahl der Beschäftigten seit 2011 um über 70 Prozent oder 600 000 gestiegen ist. Abgesehen von der Unsicherheit liegt die Entlohnung in diesen Sektoren um mehr als ein Drittel unter dem Medianlohn der Arbeiter. Saisonarbeiter und Gelegenheitsarbeiter sitzen im selben Boot.

Der TUC zeigt auch einen kindlichen Glauben an den "New Deal for Working People" von Labour, der ein goldenes Zeitalter einläuten soll. Er zitiert eine Umfrage des Chartered Management Institute unter seinen Mitgliedern, die mit überwältigender Mehrheit die Politik von Labour für wunderbar halten. Das allein sollte eine Warnung sein, dass sie darauf ausgelegt sind, nicht viel zu ändern.

Paul Nowak, der Generalsekretär des TUC, sagte: "Das lange Experiment des Vereinigten Königreichs mit einer Wirtschaft mit geringen Rechten und niedrigen Löhnen hat sich schrecklich auf Wachstum, Produktivität und Lebensstandard ausgewirkt." Das ist wahr - aber er ist kein Klassenkämpfer. Er beruhigt die Bourgeoisie: "Es würde nicht nur verhindern, dass Arbeiter wie Wegwerfarbeiter behandelt werden, sondern auch, dass gute Arbeitgeber von den schlechten unterboten werden".

Einer der Punkte, die er erwähnt, ist, dass die Chefs gezwungen sein werden, "Berichte über das Lohngefälle nach ethnischer Herkunft und Behinderung einzuführen". Fantastisch, jetzt werden wir mehr darüber wissen, wie sehr bestimmte Gruppen von Arbeitern unterbezahlt sind, aber er hat nicht vorgeschlagen, was die Gewerkschaften tun werden, um sicherzustellen, dass sie nicht mehr unterbezahlt sind.

Letzte Woche haben wir über den geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Großbritannien berichtet. Wenn der TUC mehr Zeit darauf verwenden würde, sich mit diesem wichtigen Thema zu befassen, könnte das Problem der unsicheren Arbeit angegangen werden.

Nicht nur das Chartered Management Institute scheint von Labours angeblichem New Deal nicht betroffen zu sein. Auch das Chartered Institute of Profession Development, das die Personalleiter vertritt, scheint über die vagen Versprechungen der Labour-Partei nicht allzu besorgt zu sein. Es stellt fest, dass die Schaffung einer einzigen Durchsetzungsstelle, die die derzeitigen verschiedenen Behörden ersetzen soll, von den Tories im Jahr 2019 versprochen und dann ignoriert wurde.

Er bedauert, dass die Pläne zur Änderung des Aufgabenbereichs der Niedriglohnkommission, die bei der Berechnung der Höhe des nationalen Mindestlohns die Lebenshaltungskosten berücksichtigen soll, zu einem Anstieg der Löhne führen könnten. Sie sieht kein großes Problem in den Plänen zur Abschaffung von Null-Stunden-Verträgen, da sie, wie einige Linke, feststellt, dass es viele Schlupflöcher gibt.

Runde vier im Wahlkampf

Wir haben die Hälfte des Wahlkampfes hinter uns. Die etablierten Parteiführer stampfen auf die Straße, um die Debatte darauf zu beschränken, wer von ihnen den bürgerlichen Staat besser verwalten kann, für dessen Aufrechterhaltung die herrschende Klasse selbst so wenig zahlt, während sich am Rande die linkssozialdemokratischen Außenseiter um eine Proteststimme balgen, die es nicht geschafft hat, die Diskussion über die von der herrschenden Klasse vorgegebenen Parameter zu NATO, Waffenstillstand, Israel und der Europäischen Union hinauszuführen.

Die einzige Ausnahme ist London, wo Jeremy Corbyn darum kämpft, seinen Sitz in Islington angesichts einer starken Herausforderung durch den offiziellen Labour-Kandidaten zu behalten. Der ehemalige Labour-Vorsitzende hat ein eigenes Manifest veröffentlicht, in dem er fordert, dass Energie, Wasser, Bahn und Post wieder unter öffentliche Kontrolle gestellt werden und ein "Green New Deal" Großbritannien auf den Weg in eine nachhaltige Zukunft führt.

Corbyn mag bei den Buchmachern als Favorit für den Erhalt seines Sitzes im Juli gelten, aber in seinem Wahlkreis liegt er immer noch fünf Punkte hinter Labour. In dieser Woche

trat der Vorsitzende der Islington North Labour Party zurück, nachdem er auf der Straße für Corbyn geworben hatte.

Obwohl die überwiegende Mehrheit der Wähler, die bei den Parlamentswahlen auf der Seite der Labour-Partei stehen werden, der Meinung ist, dass Jeremy Corbyn wieder in die Partei aufgenommen werden sollte, und er die Unterstützung des größten Teils seiner alten Wahlkreispartei hat, wird dies alles bedeutungslos, wenn er seinen Sitz an einen Starmer-Handlanger verliert.

Obwohl Corbyns linkes sozialdemokratisches Programm weit links von allem steht, was Starmer zu bieten hat, ist es in der Tat ein dünner Einheitsbrei. Es fordert weder die vollständige Wiederherstellung des öffentlichen Sektors und der gemischten Wirtschaft, die es gab, als Labour in den 1970er Jahren am Ruder war, noch die vollständige Abschaffung der Tory-Arbeitsgesetze, die seit 1979 freie Tarifverhandlungen lähmen. Aber ein Sieg von Corbyn wird eine Niederlage für Starmer & Co. sein. Er wird Corbyn in die Lage versetzen, die schlimmsten Aspekte des Starmerismus im Parlament weiterhin zu entlarven und zu bekämpfen und der linkssozialdemokratischen Opposition innerhalb der parlamentarischen Labour Party einen Schwerpunkt zu geben. Und natürlich bedeutet dies, dass die Menschen in Islington weiterhin die Unterstützung und Hilfe eines engagierten Abgeordneten erhalten, der der Gemeinde seit über 40 Jahren dient.

Die Wahlpolitik der NCP ist es, Labour zu wählen. Dies geschieht nicht, weil wir die käufliche rechte Politik von Starmer & Co. unterstützen oder weil wir glauben, dass eine zukünftige Labour-Regierung die Probleme der arbeitenden Menschen lösen kann. Es ist einfach das bestmögliche Ergebnis unter den gegenwärtigen Umständen. Wir werden jedoch unabhängige linke Labour-Aktivisten unterstützen, die die Unterstützung der Massen haben, selbst wenn sie in einen Wahlkampfkonflikt mit der Labour-Führung geraten. Das ist Teil unseres Kampfes für eine demokratische Labour-Partei. Wir haben Ken Livingstone unterstützt, als er für das Londoner Bürgermeisteramt kandidierte und gewann, und wir unterstützen den ehemaligen Labour-Führer Jeremy Corbyn in Islington.

Die Homepage des „New Worker“ findet sich unter: www.newworker.org und die gedruckte englische Originalausgabe kann per Luftpost unter: www.newworker.org/ncpcentral/nwsubs.html abonniert werden. Das Archiv der deutschen Ausgabe des „New Worker“ findet sich unter: www.ncp-pcs.blogspot.com